

Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung

Liebe Mitglieder des BDS Bayern,

in allen Geschäftsbereichen, in denen in größerem Umfang Bargeschäfte getätigt werden, kommt der Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung eine essentielle Bedeutung zu.

Um nachteilige Rechtsfolgen auszuschließen, ist es daher zwingend erforderlich, die sich stetig verschärfenden Anforderungen der Finanzverwaltung zu kennen und rechtssicher anwenden zu können. Denn nur so können Probleme bei Betriebsprüfungen oder Nachschauen vermieden werden.

Bereits seit 2017 wurden die Anforderungen deutlich verschärft. Die Prüfdienste der Finanzverwaltung erhielten das Instrument der Kassennachschauführung.

Nun kommt ab dem 01.01.2020 die Notwendigkeit einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung hinzu.

Nachfolgend erhalten Sie hierzu umfassende Informationen hinsichtlich der Änderungen ab dem 01.01.2020 und der Gefahren bei Prüfungen.

Änderungen ab dem 01.01.2020 auf einen Blick:

- Verpflichtender Einsatz einer zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE), bestehend aus einem nichtflüchtigem Sicherheitsmodul und einer einheitlichen digitalen Schnittstelle. Aktuell sind noch keine zertifizierten Sicherheitslösungen am Markt erhältlich. Aus diesem Grund hat das Bundesfinanzministerium auch am 06.11.2019 ein BMF-Schreiben veröffentlicht, in dem es die Frist auf den **30.09.2020 verlängert**.
- Registrierkassen, die nach dem 25.11.2010 und vor dem 01.01.2020 angeschafft wurden, allerdings bauarttechnisch nicht mit einer TSE aufrüstbar sind, dürfen unter weiteren Voraussetzungen bis längstens 31.12.2022 weiter verwendet werden.
Nach Auffassung der Finanzverwaltung ist der Steuerpflichtige für das Vorliegen der Voraussetzungen nachweispflichtig, die Nachweise sind der Verfahrensdokumentation beizufügen (z.B. durch eine Bestätigung des Kassenherstellers).
- **Ab dem 01.01.2020 besteht eine Belegausgabepflicht bei Verwendung elektronischer Aufzeichnungssysteme.**
Hierfür gilt die Fristverlängerung auf den 30.09.2020 nicht.
- Meldepflicht für elektronische Aufzeichnungssysteme an die Finanzverwaltung
Die Meldung ist nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck vorzunehmen. Die Mitteilung ist innerhalb eines Monats nach Anschaffung oder Außerbetriebnahme des elektronischen Aufzeichnungssystems zu erstatten.
Eine Meldung ist derzeit noch nicht möglich! Entsprechende Vordrucke befinden sich noch in Bearbeitung.

Gerne stehen wir Ihnen darüber hinaus für eine individuelle Beratung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

WERTTREUHAND GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

Telefon 0 82 47 /9667-0
Telefax 0 82 47 /9667-49
E-Mail: info@werttreuhand.de
Internet: www.werttreuhand.de

Bankverbindungen:
Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim
IBAN: DE53 7315 0000 0000 1099 00
Genossenschaftsbank Unterallgäu e.G.
IBAN: DE45 7316 0000 0000 0620 73
VR Bank Memmingen e.G.
IBAN: DE03 7319 0000 0000 2304 80

Kto.Nr.: 109 900 (BLZ 731 500 00)
BIC: BYLADEM1MLM
Kto.Nr.: 62073 (BLZ 731 600 00)
BIC: GENODEF1MIR
Kto.Nr.: 230 480 (BLZ 731 900 00)
BIC: GENODEF1MM1

Eingetragen im Handelsregister
AG Memmingen HRB 13484
UST-ID-Nr.: DE128250565

Änderung der Kassensysteme ab 01.01.2020

Gefahren bei den nächsten Kassen-Nachschaufen, bzw. Betriebsprüfungen

Bußgelder wegen fehlerhafter Kassenführung vermeiden

Die Vorgaben für elektronische Kassensysteme werden ein weiteres Mal deutlich verschärft.

Neben den bisher schon bestehenden hohen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Kasse (Einzel-daten-speicherung, Unveränderbarkeit der Daten, Verfahrensdokumentationen, Zählprotokoll, Aufzeichnungen der Entnahmen und Einlagen, usw.) wird in Deutschland durch das Gesetz zum Schutz vor Manipulation an digitalen Grundaufzeichnungen die massivste Änderung bei Nutzung von Kassensystemen ab dem **01.01.2020** eingeführt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Neuerungen aus diesem Gesetz vorgestellt:

I. Einzelaufzeichnungsverpflichtung

Die Pflicht zur Einzelaufzeichnung gilt für jeden, der eine gewerbliche, berufliche oder land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit selbstständig ausübt und gilt unabhängig von der Gewinnermittlungsart.

Eine Einzelaufzeichnung liegt nur vor, wenn grundsätzlich jeder einzelne Geschäftsvorfall unmittelbar nach seinem Abschluss und in einem Umfang aufgezeichnet wurde, der einem sachverständigen Dritten in angemessener Zeit eine lückenlose Überprüfung seiner Grundlagen, seines Inhalts, seiner Entstehung und Abwicklung und seiner Bedeutung für den Betrieb ermöglicht.

Die Grundaufzeichnungen müssen jederzeit eindeutig in Einzelpositionen aufgegliedert werden können.

Festzuhalten sind:

- Name und Anschrift des Geschäftspartners,
- der verkauften, eindeutig bezeichnete Artikel, (= artikelgenaue Programmierung erforderlich),
- der endgültige Einzelverkaufspreis,
- der dazugehörige Umsatzsteuersatz und -betrag,
- ggf. vereinbarte Preisminderungen,
- die Zahlungsart, (bar, EC-Karte, Kreditkarte, Gutschein, etc.)
- das Datum und der Zeitpunkt des Umsatzes sowie
- die verkauft Menge bzw. Anzahl.

So stellt sich die Frage, ob bei jedem Geschäftsvorfall der Name des Geschäftspartners mit aufgezeichnet werden muss. **Gesetzliche Aufzeichnungsverpflichtungen, sowie branchenspezifische Mindestaufzeichnungspflichten und Zumutbarkeitsgesichtspunkte** sind zu berücksichtigen.

Es wird z.B. von der Finanzverwaltung nicht beanstandet, wenn die Mindestangaben zur Nachvollziehbarkeit des Geschäftsvorfalls einzeln aufgezeichnet werden, **nicht jedoch die Kundendaten**, wenn diese für den **Geschäftsvorfall unwesentlich und nicht bekannt sind**.

Von der Einzelaufzeichnungspflicht ausgenommen ist der **Verkauf von Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen gegen Barzahlung**. Dies gilt insbesondere für den Einzelhandel und vergleichbare Berufsgruppen. Hier gilt die Einzelaufzeichnungspflicht aus **Zumutbarkeitsgründen** nicht, wenn kein elektronisches Aufzeichnungssystem, sondern eine **offene Ladenkasse** verwendet wird. Wird jedoch ein elektronisches Aufzeichnungssystem verwendet, gilt zwingend die Einzelaufzeichnungspflicht.

Diese Ausnahme ist nach Aussage der Finanzverwaltung grundsätzlich auch auf **Dienstleistungen übertragbar**, wenn die Dienstleistungen ebenfalls an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen gegen Barzahlung erbracht werden und kein elektronisches Aufzeichnungssystem verwendet wird. Hierbei muss der Geschäftsbetrieb auf eine Vielzahl von Kundenkontakten ausgerichtet und der **Kundenkontakt des Dienstleisters und seiner Angestellten im Wesentlichen auf die Bestellung und den kurzen Bezahlvorgang beschränkt sein**, (z.B. Fahrgeschäfte auf einem Volksfest, Biergarten mit Selbstbedienung, Waschstraßen).

Einzelaufzeichnungen sind dagegen zu führen, wenn der Kundenkontakt in etwa der Dauer der Dienstleistung entspricht und der Kunde auf die Ausübung der Dienstleistung üblicherweise individuell Einfluss nehmen kann, (z.B. Frisöre, Ärzte, Tierärzte, Physiotherapeuten).

II. Anforderungen an Registrier- und PC-Kassen grundsätzlich ab 01.01.2020

Zum 01.01.2020 treten weitere verschärfende Auflagen für die elektronischen Kassensysteme in Kraft.

Hinweis:

Durch einen Beschluss auf Bund-Länder-Ebene hat sich die Finanzverwaltung auf eine zeitlich befristete Nichtbeanstandungsregelung bis zum 30.09.2020 verständigt. Das schafft allen Beteiligten ein wenig Luft.

Nichtbeanstandungsregelung bedeutet jedoch, das Gesetz tritt dennoch zum 01.01.2020 in Kraft. Sofern Ihre Kassenhersteller die maßgeblichen Komponenten auf dem Markt anbieten, ist die Umsetzung im eigenen Unternehmen auch vor dem 30.09.2020 vorzunehmen!

Zu den neuen Anforderungen gehören insbesondere:**• Pflicht zur zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung:**

Die elektronischen Aufzeichnungssysteme und die digitalen Aufzeichnungen müssen ab 01.01.2020 mit einer **zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung (TSE)** bestehend aus **Sicherheitsmodul**, **Speichermedium** und einer **digitalen Schnittstelle** ausgestattet sein. Dazu gewährleistet das Sicherheitsmodul, dass alle Kasseneingaben mit Beginn des Aufzeichnungsvorgangs protokolliert und später nicht mehr unerkannt verändert werden können. Auf einem Speichermedium werden die Einzelaufzeichnungen für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert. Eine digitale Schnittstelle gewährleistet eine reibungslose Datenübertragung für die Finanzverwaltung.

Bitte beachten Sie!

Für Registrierkassen, die nach dem 25.11.2010 und vor dem 01.01.2020 angeschafft wurden, die den Regelungen der Aufbewahrung digitaler Unterlagen entsprechen und **nicht umgerüstet werden können**, gilt eine **Übergangsfrist bis zum 31.12.2022**. Die Nachweise, dass diese Voraussetzungen vorliegen, sind für die eingesetzte Registrierkasse der **Systemdokumentation** beizufügen (z.B. durch eine **Bestätigung des Kassenherstellers**). Diese Übergangsregelung gilt **nicht** für PC-Kassensysteme.

• Belegausgabepflicht:

Registrierkassen müssen in der Lage sein, für jeden einzelnen Geschäftsvorfall einen **Beleg auszustellen, entweder elektronisch oder in Papierform**. Dazu wird die **Pflicht zur Ausgabe von „Kassenbons“ an die Kunden eingeführt**. Der Beleg muss in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem Geschäftsvorfall erteilt werden. Den Kunden trifft nicht die Pflicht, den Beleg mitzunehmen.

Folgende Inhalte müssen auf dem Ausgabebeleg enthalten sein:

1. Den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers
2. Das Datum der Belegausstellung und den Zeitpunkt des Vorgangbeginns sowie den Zeitpunkt der Vorgangsbeendigung
3. Die Menge und die Art der gelieferten Gegenstände oder den Umfang und die Art der sonstigen Leistung
4. Die Transaktionsnummer
5. Das Entgelt und den darauf entfallenden Steuerbetrag für die Lieferung oder sonstige Leistung in einer Summe sowie den anzuwendenden Steuersatz
6. Die Seriennummer des elektronischen Aufzeichnungssystems oder die Seriennummer des Sicherheitsmoduls
7. Betrag je Zahlungsart

-
- 8. Signaturzähler
 - 9. Prüfwert

- **Meldungspflicht an die Finanzverwaltung:**

Unternehmer, die ihre Geschäftsvorfälle mit Hilfe eines **elektronischen Aufzeichnungssystems** erfassen, welches unter die neuen gesetzlichen Regelungen fällt, haben dem **zuständigen Finanzamt nach amtlichem Vordruck für jede Betriebsstätte** folgendes mitzuteilen:

- 1. Name des Unternehmers,
- 2. Steuernummer des Unternehmers,
- 3. Art der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung,
- 4. Art des verwendeten elektronischen Aufzeichnungssystems,
- 5. Anzahl der verwendeten elektronischen Aufzeichnungssysteme,
- 6. Seriennummer des verwendeten elektronischen Aufzeichnungssystems,
- 7. Datum der Anschaffung des verwendeten elektronischen Aufzeichnungssystems,
- 8. Datum der Außerbetriebnahme des verwendeten elektronischen Aufzeichnungssystems.

Die Mitteilung ist innerhalb eines Monats nach Anschaffung oder Außerbetriebnahme des elektronischen Aufzeichnungssystems zu erstatten.

Steuerpflichtige, die ein elektronisches Aufzeichnungssystem mit Sicherheitseinrichtung vor dem 01.01.2020 angeschafft haben, müssen die Meldung bis zum 31.01.2020 abgeben. Hiervon gibt es folgende Ausnahmen: Registrierkassen, für die die Übergangsregelung gilt (vgl. oben), unterliegen im Übergangszeitraum keiner Mitteilungspflicht.

Eine Meldung ist derzeit noch nicht möglich! Entsprechende Vordrucke befinden sich noch in Arbeit.

- **Neue Sanktionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit elektronischen Aufzeichnungssystemen und Aufzeichnungspflichten**

Verstöße gegen die Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Nutzung der technischen Sicherheits-einrichtung können als Ordnungswidrigkeit mit einer **Geldbuße von 5.000 Euro bis zu 25.000 EUR** geahndet werden.

Darunter fallen folgende Feststellungen:

- wer nach Gesetz buchungs- oder aufzeichnungspflichtige Geschäftsvorfälle oder Betriebsvorgänge nicht oder in tatsächlicher Hinsicht unrichtig aufzeichnet oder aufzeichnen lässt, verbucht oder verbuchen lässt,
- wer ein vorgeschriebenes elektronisch zertifiziertes Aufzeichnungssystem nicht oder nicht richtig verwendet,

- wer ein elektronisches Aufzeichnungssystem nicht oder nicht richtig schützt,
- geschäftsmäßige Bewerbung und In-Verkehr-Bringen von elektronischen Aufzeichnungssystemen, die den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen
- Steuergefährdungstatbestände liegen auch vor, wenn Belege ausgestellt werden, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind und wenn Belege gegen Entgelt in den Verkehr gebracht werden.

Bei Ausstellung falscher Belege, unrichtiger Aufzeichnung etc. kann das Bußgeld 5.000 Euro betragen. Wer Betriebsvorgänge nicht oder nicht richtig aufzeichnet, ein nicht vorgeschriebenes Aufzeichnungssystem verwendet oder keine zugelassenen Systeme gewerbemäßig bewirbt (siehe vorstehende Gliederung), dem wird das Vergehen mit einem Bußgeld bis 25.000 Euro geahndet.

Das Bußgeld kann bei Fehlerwiederholung erneut verhängt werden!

- **Kassen-Nachschau**

Mit dem Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen wurde der Finanzverwaltung ein neues Kontrollinstrument geschaffen. Das Gesetz hat der Betriebsprüfung bereits **ab dem 01.01.2018** die Möglichkeit einer sogenannten **Kassen-Nachschau** eröffnet. Hier können Finanzbeamte **ohne vorherige Ankündigung** zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung erscheinen.

Auf Anforderung des Prüfers sind:

- **Auskünfte über die Kassenführung zu erteilen,**
- die **Verfahrensdokumentation** zum eingesetzten Aufzeichnungssystem einschließlich der Informationen zur zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung vorzulegen,
- **Bedienungsanleitungen, Programmieranleitungen und Datenerfassungsprotokolle** über durchgeföhrte Programmänderungen vorzulegen,
- die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen (**Kasseneinzeldaten**) auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung zu stellen,
- **ab 01.01.2020** sind die digitalen Aufzeichnungen über die **digitale Schnittstelle** (vgl. oben) oder auf einem maschinell auswertbaren Datenträger nach den Vorgaben der digitalen Schnittstelle zur Verfügung zu stellen.

Der Prüfer kann u.a. zur Prüfung der ordnungsgemäßen Kassenaufzeichnungen einen sog. „**Kassensturz**“ verlangen, da die Kassensturzfähigkeit (Soll-Ist-Ab-gleich) ein wesentliches Element der Nachprüfbarkeit von Kassenaufzeichnungen jedweder Form darstellt.

Fazit:

Diese Änderungen veranlassen uns Ihnen einen Überblick über die Vorgehensweise der Betriebsprüfung zu geben, um existenzielle Nachteile für Sie in der Zukunft zu vermeiden.

Die Kassenprüfung ist bei Betriebsprüfungen immer ein **Prüfungsschwerpunkt** im Bereich der Einnahmeverprobung und hat das Ziel, die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung zu belegen oder zu widerlegen (§ 158 AO). Können die o.g. Unterlagen nicht, bzw. nur unvollständig vorgelegt werden, so hat die Finanzverwaltung aufgrund aktueller Rechtsprechung der Gerichte eine **Schätzungsbefugnis**.

Mit Blick auf den 01.01.2020 wird es für jedes Unternehmen, das ein Kassensystem einsetzt, also höchste Zeit, den Änderungsbedarf im Detail zu überprüfen und sich mit Herstellern von Kassensystemen zur Integration einer technischen Sicherheitseinrichtung in Verbindung zu setzen.